

Stadtpunkte

4|25



IM FOKUS

Bei Fehl Fahrten von
Rettungsdiensten droht
Worst-Case-Szenario

ÖV-Symposium: Digitale
Souveränität braucht starke Städte

Kürzungen in der NRW-
Denkmalförderung treffen vor
allem Private

AUS DEN STÄDTEN

Landesgartenschau Neuss 2026:
Nachhaltige Impulse für die
Zukunft der Stadt

PERSONALIEN



Bei Fehlfahrten von Rettungsdiensten droht Worst-Case-Szenario

Der Städtetag NRW warnt davor, dass die Städte in Kürze gezwungen sein könnten, für einen Teil der Rettungseinsätze Gebührenbescheide an die Bürgerinnen und Bürger zu schicken. Grund sind gescheiterte Verhandlungen mit den Krankenkassen über die Kosten der sogenannten Fehlfahrten.

Dazu erklärt Thomas Eiskirch, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Bochum: „Stand jetzt befürchten wir das Schlimmste. Wenn es nicht schnell doch noch eine Lösung für die Kosten der sogenannten Fehlfahrten gibt, bleibt den Städten eigentlich nur eine Möglichkeit: Sie müssten den Bürgerinnen und Bürgern, die in diesen Fällen

den Rettungswagen gerufen haben, Gebührenrechnungen schicken.“ Sogenannte Fehlfahrten sind Einsätze, bei denen die Patienten nicht ins Krankenhaus gefahren werden, zum Beispiel weil eine Behandlung vor Ort ausreicht. Das würde etwa jede fünfte Fahrt von Rettungsdiensten in NRW betreffen. Das Geld müssten sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dann selbst bei den Krankenkassen zurückholen.

„Dieses Verfahren hat eigentlich nur Nachteile“, so Eiskirch. „Es ist kompliziert, bürokratisch und birgt außerdem eine große Gefahr: Wer das erste Mal eine Rechnung für einen Rettungseinsatz bekommt, überlegt es sich beim nächsten Notfall zweimal, ob er die 112 wählt. Das ist ge-

fährlich.“ Doch dieses Worst-Case-Szenario wird immer wahrscheinlicher. Alternativen gibt es praktisch keine, wenn die Krankenkassen sich weiter verweigern. Die Städte können angesichts des Rekorddefizits der kommunalen Haushalte die Kosten nicht selbst übernehmen. Das NRW-Gesundheitsministerium muss deshalb jetzt schnell handeln und in den Verhandlungen mit den Krankenkassen vermitteln. Wenn das nicht gelingt, sollte das Land den Städten zur Hilfe kommen und bis auf Weiteres die Kosten für die Fehlfahrten übernehmen.

Langfristig könnte der Bund die entsprechende Gesetzeslücke im Sozialgesetzbuch schließen und klar regeln, dass ein Rettungseinsatz auch abgerechnet werden kann, wenn eine Behandlung vor Ort stattgefunden hat oder die Patienten in eine Arztpraxis gefahren werden und nicht unbedingt ins Krankenhaus.

Satzungsänderung

Am 8. Oktober 2025 hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Städtetages NRW in Bochum eine Satzungsänderung beschlossen. Demnach besteht der Vorstand künftig aus höchstens 24 von der Mitgliederversammlung zu wählenden Personen, die Hauptverwaltungsbeamte/-innen der Mitgliedsstädte sein müssen. Nachrangig können, soweit im Einzelfall sachgerecht und erforderlich, auch Beigeordnete in den Vorstand gewählt werden. Der Vorstand besteht ferner aus Mitgliedern kraft Amtes. Dies sind die Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Städtetages aus Nordrhein-Westfalen sowie das Geschäftsführende Vorstandsmitglied (der Geschäftsführer des Städtetages NRW).

Titelfoto: Schutz für Architekturjuwel aus Beton

In Bochum im Stadtteil Querenburg gibt es mit dem Viertel Hustadt ein echtes Architekturjuwel. Dort erhebt sich eine außergewöhnliche Wohnanlage: die terrassierte Wohnsiedlung an der Schattbachstraße. Gebaut von 1970 bis 72 nach Plänen der Bochumer Architekten Heinz Bruens und Carl Zeiler stapeln sich hier wie überdimensionale Stufen die Balkone übereinander – viel Beton, viel Grün, viel Charakter. Jetzt steht das Ensemble offiziell unter Denkmalschutz.

Die Anlage gilt als bedeutendes Zeugnis des Strukturwandels und der baulichen Erweiterung Bochums in den 1960/70er Jahren. Eine moderne, expressive Architektur, in der Beton nicht nur Konstruktionsmaterial, sondern gestalterisches Element ist. Im Kontext der Ruhr-Universität wuchs damals ein hoher Bedarf an hochwertigem Wohnraum mit urbanem Anspruch. Das Zusammenwirken von Architektur, Grünflächen und sozialem Anspruch repräsentiert innovativen Wohnungsbau der Zeit.

Das bauliche Ensemble ist bis heute nahezu unverändert erhalten und befindet sich in gutem Zustand – was den Denkmalwert zusätzlich erhöht. Mit der Denkmalschutz-Plakette wird die Bedeutung dieser besonderen Wohnanlage nun dauerhaft sichtbar gemacht.



Fotos: Stadt Bochum, Referat für Kommunikation

ÖV-Symposium: Digitale Souveränität braucht starke Städte

Von Dr. Uda Bastians

Künstliche Intelligenz, Cloud-Technologien, Datenökonomie, Cybersicherheit und die Frage, wie digitale Souveränität und Resilienz konkret werden – alle diese Themen standen im Fokus beim ÖV-Symposium am 24. September in Düsseldorf. Das Motto: DIGITAL.WIRKSAM – Innovationen, Daten und Vernetzung.

Die Kommunen sind hier besonders gefordert, ob sie wollen und können und von Land und Bund in die Lage versetzt werden, oder nicht. Denn der Staat zeigt sich nicht im Bundestag. Er zeigt sich vor Ort – im Bürgeramt, in der Kita, im Ordnungsamt. Hier entscheidet sich, ob Gesetze funktionieren, ob digitale Angebote nutzbar sind und ob Vertrauen in Demokratie wächst.

Doch der Realitätstest in den Komunen zeigt auch: Noch hakt es. Drei Bremsklötze hemmen den Fortschritt:

1. Gesetze ohne Umsetzungsblick.

Oft beschlossen im Eiltempo, überfordern sie die Praxis. Ein Beispiel: Beim Wohngeld verdoppelt der Bund mit einem Federstrich die Zahl der Berechtigten – aber liefert kein digitales Verfahren mit. Folge: Papierflut, Rückstau, Frust.

2. Der Fachkräftemangel wächst.

Bis 2030 geht ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Rente. Schon heute fehlen Hände und Köpfe.

3. IT ohne roten Faden.

Insellösungen, Medienbrüche, fehlende Standards. Was fehlt, ist ein einheitliches, robustes IT-Fundament.

Und trotzdem: Schon heute liefern die Städte in vielen Bereichen.

- Digitale Bürgerdienste – von der Kita-Anmeldung bis zur Hundesteuer – sind vielerorts Alltag.
- Urbane Datenplattformen schaffen neue Grundlagen für Mobilität, Energie und Sicherheit.
- IT-Dienstleister entwickeln Lösungen, die landesweit nutzbar sind.
- Interkommunale Kooperationen bündeln Kräfte.
- Künstliche Intelligenz unterstützt schon heute: In Duisburg analysiert eine App automatisch Schadensmeldungen, ein Chatbot beantwortet rund um die Uhr Anfragen – knapp die Hälfte außerhalb der Servicezeiten.

Die Städte gestalten den Wandel

Damit Nordrhein-Westfalen wirklich digital souverän und widerstandsfähig wird und damit die Rahmenbedingungen für die Städte passen, braucht es klare Weichenstellungen nach drei Prämissen:

1. Verwaltung neu denken

Gesetze müssen digital und vollzugstauglich sein. Nicht nur auf dem Papier, sondern im System. Standardisierte Leistungen ohne kommunale Handlungsspielräume – z. B. Ausweise, Wohngeld, Kfz-Zulassung – müssen gebündelt werden. Die Kommunen sollen sich auf das konzentrieren, was nur sie können: Sicherheit, Integration, soziale Infrastruktur. Vor Ort, nah bei den Menschen. Dazu kann auch die Beratung derjenigen Menschen gehören, die an digitalen Verwaltungsleistungen scheitern. Gleichzeitig braucht es radikalen Bürokratieabbau: Bagatellgrenzen, Pauschalierungen, ein Ende überflüssiger Nachweispflichten. Nur mit Vereinfachungen und Entlastungen in den Prozessen werden wir uns zukunftsfähig aufstellen können.

2. IT-Dienstleisterlandschaft neu ordnen

Nordrhein-Westfalen braucht eine leistungsfähige, konsolidierte kommunale IT-Dienstleisterlandschaft mit klaren Standards, hoher Sicherheit und professionellem Betrieb. Die Steuerungshoheit muss bei den Kommunen bleiben, denn regionale Bedarfe zählen. Kooperation bei Basisdiensten, Wettbewerb bei innovativen Fachlösungen – nach dem Prinzip der „Coopetition“ – sind dabei der richtige Weg.

3. Künstliche Intelligenz nutzen – souverän und gerecht

KI ist kein Selbstzweck. Richtig eingesetzt, entlastet sie von Routine, federt den Fachkräftemangel ab und macht Verwaltung barriereärmer – durch Mehrsprachigkeit, leichte Sprache, inklusive Dienste. Dafür braucht es:

- offene Standards,
- klare rechtliche Leitplanken,
- Lösungen ohne Abhängigkeit von wenigen Großanbietern,
- und: gezielte Unterstützung für Technik und Weiterbildung.

KI kann so ein Gerechtigkeitsinstrument werden.

Was unsere Städte brauchen

Digitalisierung ist keine Technikfrage. Sie ist eine Frage der Handlungsfähigkeit – und damit der demokratischen Stabilität. Die Städte stehen bereit, als Innovationsräume voranzugehen. Was sie brauchen sind verbindliche Standards, verlässliche Finanzierung, starke IT-Dienstleister und eine klare Rollenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen.



Foto: Metro Hopper stock.adobe.com

Digitale Souveränität ist kein Selbstzweck.

Digitale Souveränität ist die Voraussetzung für eine moderne, verlässliche und bürgernahe Verwaltung – in einem starken, widerstandsfähigen Nordrhein-Westfalen.

Dr. Uda Bastians
Beigeordnete des Deutschen Städtetages

Das ÖV-Symposium ist seit Jahren eine zentrale Plattform für den Austausch zwischen Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Am 24. September 2025 in Düsseldorf fand es zum inzwischen 26. Mal statt – unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Kürzungen in der NRW-Denkmalförderung treffen vor allem Private

Von Christina Stausberg

Nordrhein-Westfalen hat ein reiches (bau-)kulturelles Erbe. Sechs Welterbestätten und 90.000 Denkmale – 80 Prozent davon in Privatbesitz – kennzeichnen diese Kulturlandschaft. Denkmale stehen für Werte und Traditionen, für Vielfalt und Gemeinschaft. Sie sind historische Zeugnisse der Baukultur und stiften Identität und Gemeinschaftsgefühl in der Stadt. Ihnen kommt neben ihrer kulturellen und baulichen Bedeutung auch eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu. Denkmalschutz und Denkmalpflege spielen eine wichtige Rolle für das Erscheinungsbild und die Integrationsleistung der Städte.

Denkmalschutz und Denkmalpflege stellen sich der Herausforderung, Klimaschutz und Denkmalschutz in Einklang zu bringen und flexible Nutzungen von denkmalgeschützten Gebäuden zu ermöglichen. Im Zuge der Krisen- und Katastrophenvorsorge müssen außerdem neue Schutzkonzepte für das kulturelle Erbe entwickelt werden. Die Bewältigung dieser Herausforderungen bedeutet für Denkmaleigentümerinnen und -eigentümer wie Behörden eine große, auch finanzielle Kraftanstrengung.

Die Denkmalförderung des Landes NRW leistet mit ihren beiden Bausteinen – den denkmalpflegerischen Einzelprojekten und den Pauschalzuweisungen an Städte und Gemeinden für kleinere Denkmalpflegerische Maßnahmen Privater und der Kirchen – einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung

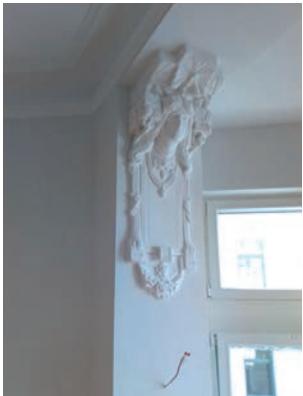
dieser Herausforderungen. Der Koalitionsvertrag der Landesregierung hatte die Weiterführung der Denkmalförderung mindestens auf dem Niveau von 2022 mit 48 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Nunmehr sind die Fördermittel bereits das dritte Jahr in Folge um fast 70 Prozent auf 15 Millionen Euro reduziert worden.

Streichung der Pauschalmittel des Landes für die Denkmalförderung

Für das kommende Jahr ist nunmehr außerdem die komplette Streichung der Pauschalmittel an die Städte und Gemeinden für die Förderung kleinerer Denkmalpflegermaßnahmen privater Eigentümerinnen und Eigentümer sowie der Kirchen angekündigt worden. Das Land hat den Städten und Gemeinden in diesem Jahr gut 2,5 Millionen Euro für solche Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden durch die Kommunen in etwa gleicher Höhe aufgestockt, daher schlägt sich die Kürzung der Landesmittel vor Ort sogar in doppelter Höhe nieder.

Die Kommunen können vor Ort weitgehend frei über die Verwendung der Pauschalmittel entscheiden. Das Programm wirkt als „Türöffner“, um Eigentümerinnen und Eigentümer von der Notwendigkeit denkmalgerechter Sanierungsmaßnahmen zu überzeugen. Mit der Förderung werden qualitätsvolle denkmalpflegerische Maßnahmen angestoßen, und das Engagement von Privatpersonen wird wertgeschätzt. Viele denkmalpflegerisch sinnvolle und wün-

Stucksanierung nach Entfernung einer abgehängten Decke (Fotos: UDB Stadt Aachen)





Rathaus in Recklinghausen (Foto: Thomas Nowaczyk/Stadt Recklinghausen)

schenkswerte Maßnahmen könnten ohne diese Förderung nicht umgesetzt werden. Die Pauschalmittel geben oft den entscheidenden Ausschlag für eine hochwertige Sanierungslösung und wirken damit nachhaltig für den Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Erbes.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Auswirkungen der Kürzung auf das heimische Handwerk. Die Sanierungsarbeiten werden in der Regel von örtlichen Fachfirmen ausgeführt, und eine Euro Förderung führt letztlich zu einer um ein Vielfaches größeren Investition.

Kürzungen betreffen auch kommunale Denkmale

Die Kürzungen der Denkmalförderung betreffen jedoch auch denkmalgeschützte Bauten und Strukturen in kommunaler Hand. Durch das Denkmalförderprogramm des Landes wurden 2022 noch 45 Maßnahmen der Kommunen im Umfang von fast 3,5 Millionen Euro gefördert. 2025 ist diese Förderung

auf 25 Maßnahmen mit einem Förderanteil des Landes von knapp 1,5 Millionen Euro zurückgegangen.

Durch die aktuelle Finanzkrise auf kommunaler Ebene können erforderliche Investitionen für die anstehenden Infrastruktur- und Sanierungsmaßnahmen in den Städten allein nicht mehr geschultert werden, und es drohen Verluste von Denkmalwert bei öffentlichen Denkmälern. Eine substantielle Förderung durch das Land für die Sanierung kommunaler denkmalgeschützter Bauten ist mehr denn je erforderlich.

Die dringend benötigten Mittel für die Denkmalförderung sollten wieder auf das Niveau von 2022 angehoben und die Streichung der Pauschalmittel zurückgenommen werden.

Christina Stausberg
Hauptreferentin für Kultur
Stadtetag NRW

Landesgartenschau Neuss 2026: Nachhaltige Impulse für die Zukunft der Stadt

Mehr als ein Sommerevent: Ökologisch, gesellschaftlich, infrastrukturell und städtebaulich setzt die Landesgartenschau Neuss 2026 Impulse, die weit über die Veranstaltung hinausreichen und eine nachhaltige Stadtentwicklung fördern.

Vom 16. April bis zum 11. Oktober 2026 wird die Landesgartenschau Neusserinnen und Neusser sowie Gäste aus Nah und Fern im neuen, grünen Herzen von Neuss willkommen heißen. Der neue Stadtpark bietet ein attraktives Gartenschau-Erlebnis und zugleich einen intensiv genutzten Erlebnisort, der jeden Tag ein vielfältiges Programm für Jung und Alt mit insgesamt über 1.000 Veranstaltungen bereithält.

„Doch die Landesgartenschau wirkt auch über den Sommer 2026 hinaus. Sie ist ein Riesenschub für Neuss und Motor für eine grüne Stadtentwicklung“, weiß der seit 2015 amtierende Bürgermeister Reiner Breuer, der die Bewerbung der Stadt Neuss um die Ausrichtung der Landesgartenschau maßgeblich vorangetrieben hatte. Auf Quartiersebene verknüpfen grüne Achsen, wie im „Neuen Hammfeld“, Wohnen, Arbeiten und Erholung eng miteinander, während der neue Park auf Stadtebene das Zentrum mit dem Rhein verbindet und so eine dauerhafte Grundlage für Freizeit, Erholung und Klimaanpassung schafft.

Auf regionaler Ebene wird die Innenstadt Teil größerer Freiraumnetze entlang des Rheins, der Erft oder des Nordkanals.

Dabei spielt die grüne Infrastruktur eine Schlüsselrolle. Denn in Zeiten zunehmender Nachverdichtung und klimatischer Herausforderungen ist die Gestaltung von urbanem Grünraum essenzieller Bestandteil moderner Stadtplanung und spielt für die Lebensqualität der Menschen eine zentrale Rolle. Auch im dichten Stadtraum lassen sich Räume schaffen, in denen Menschen durchatmen, sich begegnen und auf ganz natürliche Weise ihre Stadt erleben können.

„Grünes Herz“ inmitten von Neuss

Zentral gelegen zwischen Innenstadt, Hafen und Rhein und auf allen Wegen erreichbar entsteht mit 2.200 neuen Bäumen, großen Wiesen, einem Teich und einer Fülle von Biotopen ein neuer Park mitten in Neuss. Das Grüne Herz wird ein Naturerlebnis für die Menschen von heute und für kommende Generationen. Auf großen Spielplätzen und vielen Anlagen – von Dirttrack bis Boule – kommen Menschen in Bewegung und ins Gespräch. Eine Bereicherung für Neuss findet der Bürgermeister: „Es entsteht hier ein nachhaltiger Ort der Begegnung für Sport und Spiel, Feste, Brauchtum, Forschen und Lernen. Das Grüne Herz wird ein Stadtpark für Alle sein.“

Ort der Begegnung

Doch der neue Park kann nur dann zu einem lebendigen Ort der Begegnung werden, wenn Identität und Teilhabe gegeben sind. In Neuss genießt die Landesgartenschau von Beginn an breite öffentliche Unterstützung. Der Mitmachverein GRÜNES HERZ – Bürgerpark Neuss wirkt seit Beginn aktiv an der Gestaltung des Parks mit. Ziel ist es, einen lebendigen Park im Herzen der Stadt zu schaffen – einen Park von Neusser*innen für Neusser*innen – der sowohl während als auch weit über die Landesgartenschau hinaus einen Treffpunkt für die Gemeinschaft bildet.





Nachhaltige Mobilitätsentwicklung

Zudem wird der Park nicht nur eine multifunktionale Freizeitfläche und Erholungsraum sein, sondern als grünes Scharnier die Innenstadt, den Rhein und neue Quartiere räumlich und funktional miteinander verbinden. Der neue Park soll durch gezielte Maßnahmen echte Zentralität entwickeln. Dabei werden die umgebenden Quartiere aktiviert und es entstehen attraktive Zugänge zur Innenstadt.

Und auch über die Stadtgrenzen hinaus nimmt die Landesgartenschau infrastrukturellen Einfluss. Denn durch die Gartenschau wird der neue Park zu einem regionalen Verknüpfungspunkt mit Rad- und Fußwegverbindungen entlang des Rheins, des Nordkanals und der Erft. Einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende schafft auch der neue Radschnellweg (RS 5), der das Radfahren zwischen Neuss, Düsseldorf und Langenfeld noch attraktiver gestalten wird.

Wachstumstreiber für Stadtentwicklung

Direkt neben dem Park wird im Hammfeld ein ganzer Stadtteil mit umfangreicher Wohnbebauung neu entwickelt: vom bislang monofunktionalen Bürostandort zum gemischt genutzten Quartier mit über 1.000 neuen Wohnungen. Der neue Park wird die Innenstadt über das Hammfeld mit der Rheinaue verknüpfen und zugleich Aufenthalts- und Erholungsräume für die künftigen Bewohner*innen schaffen. Dabei hat der Zuschlag für Neuss zur Landesgartenschau den Knoten zum Einstieg in die Entwicklung des Bürostandorts Hammfeld zum gemischten Stadtteil gelöst.

„Ich kann nur empfehlen, die Chancen von Gartenschauen für die Stadtentwicklung zu nutzen“, resümiert Bürgermeister Breuer, der zugleich Mitglied im Landesvorstand des Städttetages in NRW ist.

Wiederwahl



Foto: Stadt Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel: Der amtierende Bürgermeister von Castrop-Rauxel, **Rajko Kravanja**, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt Castrop-Rauxel.



Foto: Zoltan Lescovar

Duisburg: **Sören Link**, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat steht seit 2012 an der Spitze der Stadt Duisburg.



Foto: Stadt Düren

Düren: Bürgermeister **Frank Peter Ullrich**, Stadt Düren, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat ist seit 2020 Stadtoberhaupt von Düren.



Foto: Hüttermann

Düsseldorf: Der amtierende Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller**, Landeshauptstadt Düsseldorf, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2020 die Geschicke der Landeshauptstadt und engagiert sich seitdem auch im Vorstand des Städetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: CDU Essen

Essen: Oberbürgermeister **Thomas Kufen**, Stadt Essen, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Christdemokrat steht bereits seit 2015 an der Spitze der Stadt Essen. Kufen engagiert sich seit 2015 auch im Vorstand des Städetages Nordrhein-Westfalen und ist momentan stellvertretender Vorsitzender des Städetages. Er war bereits von 2020 bis 2022 Stellvertreter und von 2022 bis 2024 Vorsitzender des Städetages NRW.



Foto: Pascal Skwara

Gladbeck: **Bettina Weist**, Bürgermeisterin von Gladbeck, wurde in ihrem Amt bestätigt. Die Sozialdemokratin steht seit 2020 an der Stadtspitze von Gladbeck.



Foto: Ratz

Hamm: Oberbürgermeister **Marc Herter**, Stadt Hamm, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat hat das Amt des Oberbürgermeisters seit 2020 inne und engagiert sich seit 2022 im Vorstand des Städetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Frank Dieper/Stadt Herne

Herne: **Dr. Frank Dudda**, Oberbürgermeister von Herne, hat die Wahl zum Oberbürgermeister gewonnen und wird eine weitere Amtszeit bekleiden. Der Sozialdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt Herne.



Foto: Tölle Studios

Iserlohn: Bürgermeister **Michael Joithe** (parteilos), Stadt Iserlohn, wurde in seinem Amt bestätigt. Er bekleidet das Amt des Bürgermeisters seit 2020.



Foto: Stadt Krefeld

Krefeld: **Frank Meyer**, Oberbürgermeister von Krefeld, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städte- tages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Guido Raith

Lüdenscheid: Bürgermeister **Sebastian Wagemeyer**, Stadt Lüdenscheid, hat die Wahl zum Bürgermeister gewonnen und wird eine weitere Amtszeit bekleiden. Der Sozialdemokrat ist seit 2020 im Amt.



Foto: SPD MG, Stefan Völker

Mönchengladbach: **Felix Heinrichs**, Oberbürgermeister von Mönchengladbach, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2020 die Geschicke der Stadt Mönchengladbach.



Foto: Walter Schernstein

Mülheim an der Ruhr: Oberbürgermeister **Marc Buchholz**, Stadt Mülheim an der Ruhr, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat bekleidet das Amt des Oberbürgermeisters seit 2020 und engagiert sich seit 2022 im Vorstand des Städte- tages Nordrhein-Westfalen. Neuauszählung am 07.10.



Foto: Stadt Nettetal/F.Hohnen

Nettetal: **Christian Küsters** (Bündnis 90/Die Grünen), Bürgermeister von Nettetal, wurde in seinem Amt bestä- tigt. Er steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Nettetal und engagiert sich seit 2022 im Vorstand des Städte- tages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Stadt Neuss

Neuss: Bürgermeister **Reiner Dieter Breuer**, Stadt Neuss, hat die Wahl zum Bürgermeister gewonnen und wird eine weite- re Amtszeit bekleiden. Der So- zialdemokrat steht seit 2015 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städte- tages Nordrhein-West- falen.



Foto: Stadt Willich

Willich: **Christian Pakusch**, Bürgermeister von Willich, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2020 die Geschicke der Stadt und engagiert sich seit 2022 im Vorstand des Städte- tages Nordrhein-Westfalen.

Neu im Amt



Foto: Stadt Nettetal/F.Hohenh

Aachen: Dr. Michael Ziemons wurde zum neuen Oberbürgermeister von Aachen gewählt. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Sibylle Keupen (parteilos), die das Amt seit 2020 inne hat. Sie engagiert sich seit 2020 im Vorstand und ist seit 2024 stellvertretende Vorsitzende des Städttetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Jan Düfelsiek

Bielefeld: Zur neuen Oberbürgermeisterin von Bielefeld wurde Dr. Christiana Bauer gewählt. Die Christdemokratin wird Ihr Amt am 1. November antreten und folgt auf Pit Claußen, der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Der Sozialdemokrat leitet seit 2009 die Geschicke der Stadt Bielefeld und engagierte sich seitdem auch im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen. Zudem war er von 2016 bis 2018 sowie von 2020 bis 2022 Vorsitzender des Städttetages Nordrhein-Westfalen, und da zwischen bekleidete er das Amt des Stellvertreters.



Pressefoto

Bochum: Jörg Lukat (parteilos) ist ab 1. November neuer Oberbürgermeister von Bochum. Er folgt auf Thomas Eiskirch (SPD), der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Eiskirch leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt Bochum und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen. Zudem ist er seit 2024 Vorsitzender des Städttetages Nordrhein-Westfalen und war von 2022 bis 2024 stellvertretender Vorsitzender.



Foto: CDU NRW

Bottrop: Matthias Buschfeld ist neuer Oberbürgermeister von Bottrop. Der Sozialdemokrat trat sein Amt am 1. November an und folgt auf Bernd Tischler (SPD), der nicht mehr zur Wahl antrat. Tischler steht seit 2009 an der Spitze der Stadt Bottrop.



Foto: CDU NRW

Bonn: Neuer Oberbürgermeister von Bonn wird Guido Déus. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen). Sie leitet seit 2020 die Geschicke der Stadt Bonn und engagierte sich seitdem auch im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Paul Schneider

Dortmund: Zum neuen Oberbürgermeister haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dortmund Alexander Omar Kalouti gewählt. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Thomas Westphal (SPD), der das Oberbürgermeisteramt seit 2020 inne hat. Westphal engagierte sich seit 2022 im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen.



Pressefoto: Pascal Skwara

Gelsenkirchen: Andrea Henze

Henze ist ab 1. November die neue Oberbürgermeisterin von Gelsenkirchen. Die Sozialdemokratin folgt auf Karin Welge (SPD), die sich nicht mehr zur Wahl stellte. Welge ist seit 2020 Oberbürgermeisterin von Gelsenkirchen und engagiert sich seit 2022 im Vorstand des Städteages Nordrhein-Westfalen. Zudem ist sie Präsidentin des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen sowie Präsidentin der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA).



Foto: Bastian Dämmrich

Hagen: Neuer Oberbürgermeister von Hagen ist Dennis Rehbein

Rehbein. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Erik O. Schulz (CDU), der sich nicht mehr zur Wahl gestellt hat. Schulz leitet die Geschicke der Stadt seit 2014 und engagierte sich seit 2016 im Vorstand des Städteages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Stadt Herford

Herford: Anke Theisen wurde zur neuen Oberbürgermeisterin von Herford gewählt.

Die Christdemokratin tritt ihr Amt am 1. November an und folgt auf Tim Kähler. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt Herford.



Foto: Jörg Hüster

Köln: Neuer Oberbürgermeister von Köln wird Torsten Burmes-ter.

Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Henriette Reker (CDU), die nicht mehr zur Wahl antrat. Reker steht seit 2015 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städteages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Privat

Leverkusen: Stefan Hebbel ist ab 1. November neuer Oberbürgermeister von Leverkusen.

Der Christdemokrat folgt auf Uwe Richrath (SPD), der das Amt seit 2015 inne hat.



Foto: privat/Paul Schneider

Marl: Neuer Bürgermeister von Marl wird Thomas Terhorst

(parteilos). Er folgt am 1. November auf Werner Arndt (SPD), der die Geschicke der Stadt Marl bereits seit 2009 leitet.



Foto: Christian Schwier

Minden: **Peter Kock** wird zum 1. November neuer Bürgermeister von Minden. Der Sozialdemokrat folgt auf Michael Jäcke (SPD), der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Jäcke steht seit 2015 an der Spitze der Stadt Minden.

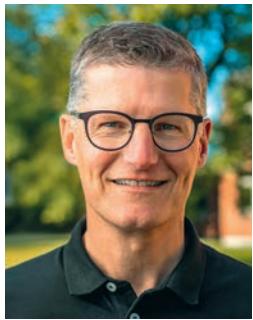


Foto: Paul Metzdorf

Münster: Neuer Oberbürgermeister von Münster wird **Tilman Fuchs** (Bündnis 90/Die Grünen). Er folgt am 1. November auf Markus Lewe (CDU), der das Oberbürgermeisteramt seit 2009 inne hat. Der Christdemokrat engagiert sich seit 2009 im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Julia Meya

Oberhausen: Zum neuen Oberbürgermeister von Oberhausen haben die Bürgerinnen und Bürger Thorsten Berg gewählt. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Daniel Schranz. Der Christdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt Oberhausen und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Portrait Landtagsfraktion

Remscheid: Am 1. November tritt **Sven Wolf** das Amt als neuer Oberbürgermeister von Remscheid an. Der Sozialdemokrat folgt auf Burkhard Mast-Weisz (SPD), der nicht mehr zur Wahl antrat. Mast-Weisz steht seit 2014 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Stadt Recklinghausen

Recklinghausen: **Axel Erich Tschersich** wurde zum neuen Oberbürgermeister von Recklinghausen gewählt. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Christoph Tesche, der nicht mehr zur Wahl antrat. Der Christdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt Recklinghausen und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen



Foto: Privat

Siegen: **Tristan Vitt** wurde zum neuen Bürgermeister von Siegen gewählt. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Steffen Mues. Der Christdemokrat steht seit 2007 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städttetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: CDU Solingen

Solingen: Zum neuen Oberbürgermeister von Solingen wurde **Daniel Flemm** gewählt. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Oliver Kurzbach, der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Der Sozialdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt und engagiert sich seit 2022 im Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Bernd Henkel

Witten: Neuer Bürgermeister von Witten wird **Dirk Leistner**, Der Sozialdemokrat folgt auf Lars König. Der Christdemokrat steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Witten und engagiert sich seit 2022 im Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Gebhard Bücker

Viersen: **Christoph Hopp** wird am 1. November das Amt des Bürgermeisters von Viersen antreten. Der Christdemokrat folgt auf Sabine Anemüller, die sich nicht mehr zur Wahl stellte. Die Sozialdemokratin steht seit 2015 an der Stadtspitze und war seit 2018 im Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Erwin Wenzel

Wuppertal: Am 1. November tritt **Miriam Scherff** das Amt als neue Oberbürgermeisterin in Wuppertal an. Die Sozialdemokratin folgt auf Prof. Dr. Uwe Schneidewind (Bündnis 90/Die Grünen), der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Er leitet die Geschicke der Stadt Wuppertal seit 2020 und engagiert seitdem auch im Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtettag-nrw.de
Internet: www.staedtettag-nrw.de
www.staedtettag-nrw.de/presse/folgen-sie-uns

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Christian Schuchardt
Verantwortlich: Timm Steinborn,
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Gabriele Klein,
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Oktober/November 2025